

Ratssitzung 15.12.2009

Punkt 9: Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Süd“ – Städtebaulicher Rahmenplan

Ratsmitglied H.-K. Genter-Mickley:

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich möchte gleich zu Anfang klarstellen, die SPD Fraktion im Rat der Stadt Bremervörde unterstützt **grundsätzlich** die Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Süd“. Diese Sanierungsmaßnahme wird von uns als Chance gesehen, diesen für die Stadt Bremervörde sehr wichtigen Bereich der Kernstadt zukunftsfähig zu machen. Die Leitziele der Sanierung, wie sie im vorliegenden Rahmenplan formuliert werden und die Maßnahmen zur Umsetzung werden von uns voll mitgetragen.

Auch in Zeiten knapper Kassen und defizitärer öffentlicher Haushalte macht es durchaus Sinn an solchen Investitionen festzuhalten. Denn alle diese Maßnahmen sind nachhaltig und stellen auf lange Sicht gesehen sogar eine Ersparnis dar, da hier in eine moderne Infrastruktur investiert wird - das heißt neue Straßen, Straßenbeleuchtungen, moderne Verkehrs- und Nutzungs- und Gestaltungskonzepte - letztendlich alles wichtige Komponenten einer modernen zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der Stadtverwaltung meine Anerkennung aussprechen, der es gelungen ist, dass das Gebiet südlich der „Alten Straße“, trotz erheblicher Konkurrenz anderer Kommunen, im Jahr 2008 in das Städtebauförderungsprogramm des Landes aufgenommen wurde.

Aber - diese großzügige Geste des Landes hat jedoch **leider** nicht nur positive Seiten.

Obwohl der Stadt 2/3 der Kosten aus Förderungsprogrammen ersetzt werden, ist die Sanierung für die Stadt natürlich nicht zum Nulltarif zu haben.

Die Stadt muss sich nämlich selbst mit 1/3 der Gesamtkosten beteiligen.

Und hier beginnt nun das Problem:

„Sanieren“ bedeutet laut Duden „(lat.) etwas wieder gesund machen“ oder in einem Stadtteil „gesunde Lebensverhältnisse schaffen“. Das bedeutet, Sanierung dient nicht nur den Gebäuden und Straßen, sondern soll auch den Menschen, die in diesem Gebiet leben, Nutzen und ein mehr an Lebensqualität bringen.

Die Menschen in diesem Gebiet haben von Anfang an ein besonderes Verhältnis zu dem großzügigen Geschenk des Landes entwickelt.

Befürchten Sie doch das Geschenk könnte im Inneren noch eine böse Überraschung für sie bereithalten: nämlich eine hohe Rechnung für jeden von ihnen. auch „Ausgleichszahlung“ genannt.

Aus diesem Grund wurde schon sehr früh eine Unterschriftensammlung von den Bewohnern organisiert, die die Sanierung wegen der zu befürchteten hohen Kosten und anderer Nachteile für ihr Viertel in Frage stellten.

Viele bekannte Namen waren darunter – eine beachtliche, beeindruckende Liste, die dem Rat anlässlich seiner Sitzung am 14. Februar 2008 eingereicht wurden - wir erinnern uns!

Die SPD- Fraktion warnte schon damals davor, die Befürchtungen dieser Bürgerinnen und Bürger zu ignorieren, sie nicht ernst zunehmen. Wir forderten deshalb, die Betroffenen umfassend über die Vor- und Nachteile der Sanierung, auch über die möglichen Kosten der Ausgleichszahlungen umfassend zu informieren und die Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen zu beteiligen.

Ein großer Teil davon ist dann auch durch die Stadtverwaltung auf Grund der gesetzlichen Vorschriften bei öffentlich geförderten Sanierungsmaßnahmen umgesetzt worden. Vier Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, die in insgesamt 14 Sitzungen an der Erarbeitung des Rahmenplanes mitgearbeitet haben.

Allerdings scheint das Problem der Kosten der möglichen Ausgleichszahlungen für den einzelnen nicht mit der nötigen Sorgfalt und Aufmerksamkeit oder Sensibilität von Seiten der Stadt behandelt worden zu sein.

Wie anders könnte man den Umstand erklären, dass es nun plötzlich wieder eine Unterschriftenliste von weit über 100 Anwohnern gibt?

Und wieder finden wir darauf u. a. auch die Namen von Bürgerinnen und Bürger, die z.T. sogar bei den AGs mitgemacht haben oder dort gehört wurden – manche wollen sogar ihre Geschäfte im Rahmen der Sanierung modernisieren. Ein Widerspruch ???????

Was ist hier passiert?

Die Unterschriftensammlung hat folgende Aussage:

„Die Unterzeichnenden wenden sich gegen die zu erwarteten Ausgleichszahlungen für **fiktive** Wertsteigerungen, die durch das für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Süd“ vorgesehene Verfahren erwachsen.“

Und in der Begründung dazu heißt es weiter, „dass Sanierungsmaßnahmen nicht grundsätzlich auch gleichzeitig Belastungen für die Betroffenen bedeuten müssen, zeigt das Beispiel der Sanierungsmaßnahme, die vor mehreren Jahren in Harsefeld stattgefunden hat. ... Dort ist es gelungen durch die geschickte Auswahl entsprechender Verfahrensweisen keinerlei Ausgleichsbeträge zu erheben.“

Ich stelle aufgrund der Aussage fest, die Anwohner haben im Prinzip keine Einwände gegen die Sanierung, wollen aber nach Möglichkeit so wenig wie möglich, am besten gar nichts, dafür bezahlen.

Ehrlich gesagt, auf den ersten Blick, das hätte ich erst mal so auch unterschreiben, eine verständliche Reaktion. „Kein Geschäftsmann wirft unnötig Geld zum Fenster hinaus, wenn man es vermeiden kann“, so die ehrliche, verblüffend einfache Erklärung eines Unterzeichners auf meine Nachfrage.

Schaut man etwas genauer hin, geht es eigentlich um das Problem der **fiktiven** Wertsteigerungen oder anders ausgedrückt: Was muss ich denn am Ende wirklich bezahlen? Wie lässt sich diese Wertsteigerung erfassen?

Ist das nicht eine künstliche, akademische Messlatte, die mit der tatsächlichen Situation, wie wir sie jetzt in Bremervörde bei der

derzeitigen wirtschaftlichen Lage vorfinden, nichts gemein hat. Verlieren unsere Grundstücke zur Zeit nicht eher an Wert? Kann ich mein Grundstück denn überhaupt noch verkaufen, wenn ich nicht mal weiß, was ich dem Käufer über die Höhe möglicher Ausgleichszahlungen im Jahr 2018 sagen kann? Nicht alle Anwohner sind finanziell auf Rosen gebettet. Hier gibt es große soziale und wirtschaftliche Unterschiede, die man nicht alle über einen Kamm scheren kann. Besonders besorgt sind die älteren Bewohner, die schon das Rentenalter erreicht haben. Wie soll man das bezahlen?

Aus persönlichen Gesprächen in den letzten Tagen weiß ich um die Existenzsorgen vieler dieser Betroffener.

Wir können das nicht ignorieren.

Hier ist die Stadt gefordert. Diese Unklarheiten im Bereich der Ausgleichszahlungen müssen umgehend beseitigt werden. Diese Menschen müssen verlässlich ihre Zukunft planen können.

Es muss auch darüber nachgedacht werden, wie man eventuell eine soziale Komponente z.B. Stundung oder Ratenzahlung einführen kann. Hier muss die Stadt mehr Fantasie entwickeln.

Denn ist eins klar: Keiner der Unterzeichner glaubt ernsthaft nun völlig ohne Beteiligung davon zu kommen. Diese Beteiligung soll nur im erschwinglichen Rahmen sein und nicht zu finanziellen Katastrophe des Einzelnen führen.

Der oft zitierte Satz "die Stadt soll die Sanierung bezahlen" hilft da auch nicht weiter.

Wer ist denn die „Stadt“? – Doch alle Steuerzahler und letztendlich auch die Unterzeichner selber. Denn in Zeiten knapper Kassen kann keiner glauben, dass er etwas umsonst bekommt. Steuer- oder Abgabe- oder Gebührenerhöhungen sind die zwangsläufige Folge. Unausweichlich!

Die „Stadt“ holt sich alles wieder – bei ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Keiner der Beteiligten, sei es die Stadt oder auch die Bewohner, sollten das Wort „sanieren“ so verstehen wie es auch noch gemeint sein kann: Nämlich (laut Duden) „sich gesund stoßen oder mit nicht ganz sauberen Manipulationen den bestmöglichen Gewinn aus einer Sache ziehen“.

Ich appelliere an die Stadt und an die Bewohner des Sanierungsgebietes aufeinander zuzugehen und eine Lösung zu finden, die allen das Gefühl eines fairen Umgangs miteinander gibt. Möglichkeiten dazu gibt es auf beiden Seiten.

Die SPD Fraktion wird dem Rahmenplan wie er jetzt vorliegt zustimmen, weil von Seiten der Anwohner (auch im Rahmen ihrer Unterschriftenaktion) offensichtlich keine relevanten Einwände dagegen erhoben werden.

Sie wird aber auch die weiterhin berechtigten Sorgen der Anwohner ernst nehmen und aufmerksam die Stadt bei ihren nächsten Schritten beobachten bzw. öffentlich anmahnen. Es liegt an allen Beteiligten – machen wir alle etwas Positives daraus.